

# »Wer mitreden will, muss sprechen können.« Demokratie- und Werteerziehung (nicht nur) im Deutschunterricht

Sabine Anselm

*Sprache ist mächtig. Und Macht bedeutet Verantwortung.*  
Kübra Gümüşay

*Solange wir unsere Sprache haben, so lange haben wir immerhin  
die vage Chance, uns erklären, unsere Wahrheit sagen,  
unsere Erinnerung ordnen zu können.*  
Serhij Zhadan

## 1. Ausgangspunkt

Corona-Pandemie, Digitalisierung, geopolitische Verwerfungen sowie die Herausforderungen für einen grundlegenden Umbau ganzer Volkswirtschaften mit dem Ziel der Dekarbonisierung führen insbesondere bei jungen Menschen zu Veränderungen im Blick auf Wertebewusstsein und Demokratieverständnis. Darauf weisen Studienergebnisse vom Juli 2022 hin und alarmieren mit diesem Befund besonders Bildungseinrichtungen wie Schulen und Hochschulen, denen als wichtigen Sozialisationsinstanzen gesellschaftliche Verantwortung zukommt. Aufbauend auf einer repräsentativen Befragung junger Erwachsener im Alter zwischen 16 und 26 Jahren in Bayern aus dem Jahr 2018 wurde eine zweite Erhebung mittels einer Onlinebefragung mit 805 Interviews durchgeführt (Wertebündnis Bayern/Brunswick Group 2022). Nach einem Zeitraum von nur drei Jahren ist deutlich zu erkennen: Am stärksten sind gesellschaftliche Werte von Verlusten betroffen. Das Vertrauen in solche Werte ist im Vergleich der beiden repräsentativen Erhebungen in den Jahren 2018 und 2021 um bis zu 25 % zurückgegangen (Abb. 1).

Ausdruck dieser deutlichen Veränderungen ist beispielsweise eine zunehmende Skepsis gegenüber Politiker:innen und ihren Äußerungen (Abb. 2), die aus einem Glaubwürdigkeitsverlust resultiert.

Außerdem ist das Auseinanderklaffen von Wissen um die gesellschaftliche Notwendigkeit von Werten und einem darauf bezogenen Handeln (Abb. 3) zu bemerken.

Auch die Ergebnisse im Blick auf die Umsetzung von Wissen in Handlungszusammenhänge fallen anders aus, als es die gefühlte Wahrnehmung der Zielgruppe hätte erwarten lassen (Abb. 4).

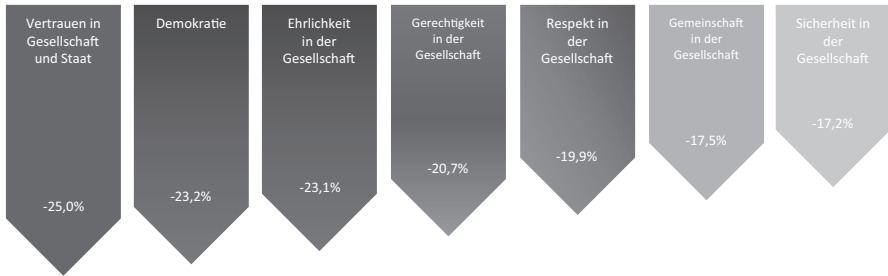
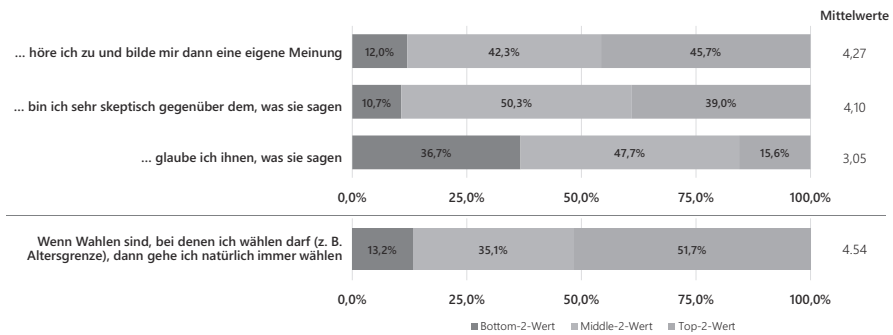


Abbildung 1: Wertebündnis Bayern/Brunswick Group 2022: Werte-Atlas Bayern.

## Hohe Skepsis gegenüber der Politik

Wenn Politiker\*innen im Fernsehen eine Rede halten ...



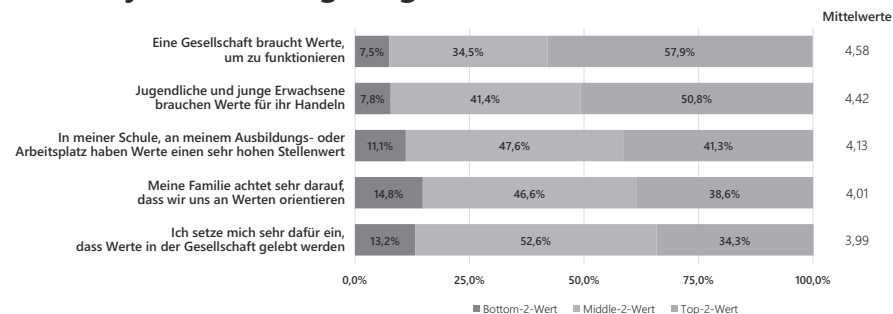
**F2** Bitte gib für jede der folgenden Aussagen an, inwieweit Du dieser zustimmst. Gib bitte dabei Deine Zustimmung auf einer Skala von 1 = 'Stimme überhaupt nicht zu' bis 6 = 'Stimme voll und ganz zu' an. Mit den Werten dazwischen kannst Du Deine Bewertung abtufen.

Abbildung 2: Wertebündnis Bayern/Brunswick Group 2022: Werte-Atlas Bayern.

Weiterhin ist erkennbar, dass die Zahl derer überdeutlich steigt, die auf die Frage »Ich setze mich dafür ein, dass Werte in der Gesellschaft gelebt werden« nicht mehr zustimmend antworten: Während 2018 nur 31 % der Befragten als *Ignoranten* bezeichnet wurden, sind es 2021 bereits 63,2 %. Zudem geht die Zahl derer, die dafür eintreten, dass eine Gesellschaft Werte braucht, um zu funktionieren, ebenfalls stark zurück. Die Gruppe der sog. *Botschafter* umfasst 2021 lediglich 19,3 %, während es 2018 noch 33 % waren. Ergebnisse wie diese stimmen bedenklich, lassen sie doch darauf schließen, dass eine auf das Individuum bezogene, selektive Sichtweise vorherrscht (Abb. 5).

Aufschlussreich ist ferner ein weiteres Ergebnis aus den Daten: Es ist zu erkennen, dass sich die Debatte über Werte als medial öffentlicher Diskurs vollzieht. Aus den Antworten der Interviewpartner:innen auf die Frage »In welchem Maße und in welcher Art haben die folgenden Personen und Situationen Dein Verständnis für Werte geprägt?« wird deutlich, wie groß der Einfluss digitaler und

## Werte werden als notwendig angesehen, der Einsatz für sie fällt jedoch eher gering aus

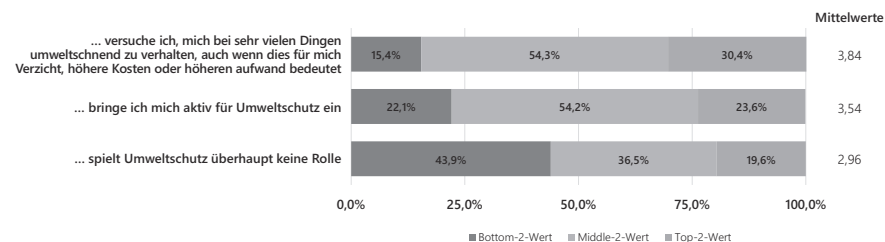


**F1** Bitte gib für jede der folgenden Aussagen an, inwieweit Du dieser zustimmst. Gib bitte dabei Deine Zustimmung auf einer Skala von 1 = 'Stimme überhaupt nicht zu' bis 6 = 'Stimme voll und ganz zu' an. Mit den Werten dazwischen kannst Du Deine Bewertung abstimmen.

Abbildung 3: Wertebündnis Bayern/Brunswick Group 2022: Werte-Atlas Bayern.

## Umweltschutz im Alltag spielt geringere Rolle als erwartet

In meinem Alltag ...



**F2** Bitte gib für jede der folgenden Aussagen an, inwieweit Du dieser zustimmst. Gib bitte dabei Deine Zustimmung auf einer Skala von 1 = 'Stimme überhaupt nicht zu' bis 6 = 'Stimme voll und ganz zu' an. Mit den Werten dazwischen kannst Du Deine Bewertung abstimmen.

Abbildung 4: Wertebündnis Bayern/Brunswick Group 2022: Werte-Atlas Bayern.

sozialer Medien auf die Wertebildung ist. Es bildet sich eine eigene Dimension medialer Wirksamkeit ab (Abb. 6).

Und in der Tat wird dieses Ergebnis durch weitere analytische Beschreibungen bestätigt: Es haben sich in den letzten Jahren mit Zunahme der Nutzung sogenannter sozialer Medien gravierende Veränderungen auf Identitätsbildungsprozesse vollzogen (vgl. Werani 2023). Zunehmend wird auch auf Probleme hingewiesen, die die Orientierungsfähigkeit der Einzelnen in der Demokratie und allmählich auch die demokratische Form an sich gefährden: Soziale Medien entfalten Prägekräfte, die sich weniger durch Urteilskompetenz als mehr durch

## Die Zahl der Werte-Ignoranten steigt drastisch an

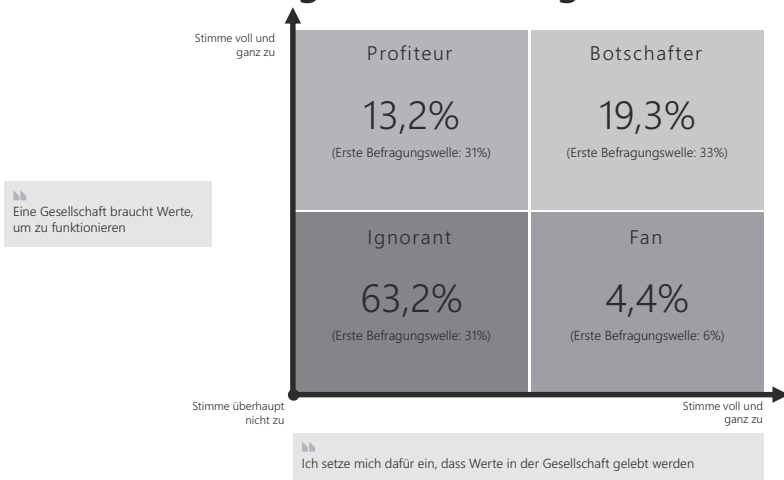


Abbildung 5: Wertebündnis Bayern/Brunswick Group 2022: Werte-Atlas Bayern.

schnelle Klicks und KI-gesteuerte Algorithmen leiten lassen – so entsteht eine Scrollgesellschaft, die durch eine »unerträgliche Gleichzeitigkeit des Seins, die heute auf einem einzigen Kommunikationskanal erlebbar ist« (Pörksen 2020, 26), bestimmt wird. In der Folge dieses digitalen Kommunikationswandels ist es unerlässlich, dass sich die Schulen als Sozialisationsinstanz (neben den Elternhäusern) in reflektierter Weise um die Entwicklung und Förderung einer umfassenden Medienkritikfähigkeit bemühen. Das bedeutet: Lernende sollten in der Lage sein, selbst Position beziehen und sich eine fundierte Meinung bilden zu können. Dies ist, wie die Sonderstudie PISA E (OECD 2021) zeigte, nicht mehr für alle deutlich und wird nicht mehr von allen Schüler:innen beherrscht. Lehrpersonen kommt hierbei mit Blick auf die politische Bildung entscheidende Bedeutung zu, wie die nachdenklich stimmende Studie zur Bildungsgerechtigkeit »Wer hat, dem wird gegeben« (Achour/Wagner 2019) verdeutlicht.

Bildung braucht nicht nur den Blick in die Gegenwart, sondern auch in die Zukunft. Das bedeutet große Verantwortung für die Unterrichtenden, die sich mit der Aufgabe konfrontiert sehen, gesellschaftliche Teilhabe und Selbstverantwortung für die Bildungsbiografie zu ermöglichen (vgl. Anselm 2021). Es reicht nicht aus, über die Notwendigkeit digitaler Kompetenzen zu diskutieren, sondern diese sind auch einzuüben. Hier sind Bildungsprozesse, mit denen das Fach Deutsch verbunden ist, für das Miteinander in unserer Gesellschaft essenziell: Der Umgang mit Sprache und Lesen verändert die Selbst- und die Weltwahrnehmung. Darum ist es wichtig, zu konkretisieren, wie das soziale Miteinander in der Schule – nicht zuletzt im Blick auf kommunikative Prozesse – angebahnt und begleitet wird.

## Wertebildung

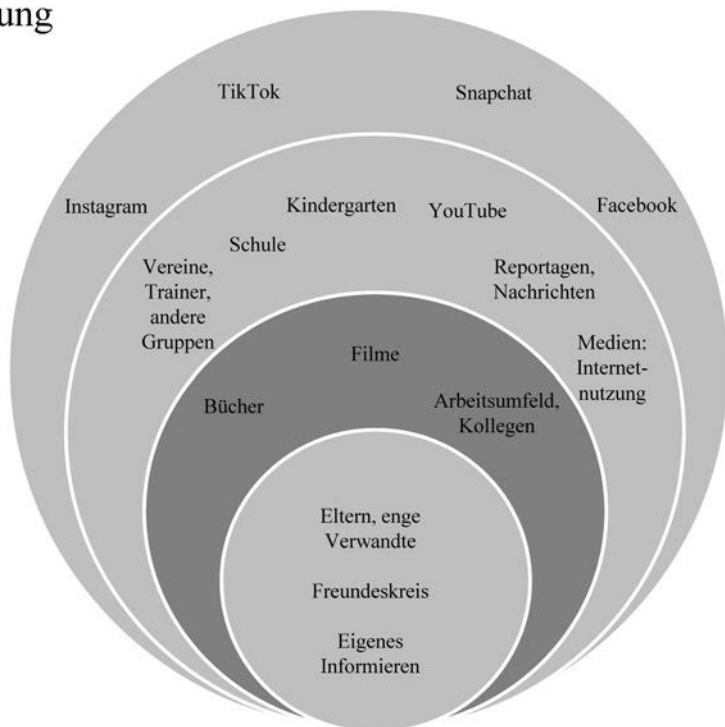


Abbildung 6: Wertebündnis Bayern/Brunswick Group 2022: Werte-Atlas Bayern.

## 2. Sprachliche Bildung als Medium der Demokratieerziehung

Bildungs- und Integrationsprozesse erfolgen in erster Linie über Sprache; Ausdrucks- und Differenzierungsvermögen sind die Grundlage für Identitätsentwicklung, für Wertbildungsprozesse sowie für die Formulierung von Gedanken und Positionierungen. Dabei kommt es darauf an, die eigene Meinung nicht nur zu vertreten, sondern auch zu begründen, im Dialog mit anderen die Argumente abwägen und möglicherweise verändern zu können. Für dieses sprachliche Handeln werden Strategien und Fähigkeiten gebraucht. Ausgehend von Überlegungen des Kommunikationsexperten Friedemann Schulz von Thun (vgl. zum Folgenden Buhrfeind 2020) lässt sich jede (möglicherweise auch schwierige) Situation als Zumutung, als Gelegenheit oder als Herausforderung zum Miteinander-Reden wahrnehmen. Dann kann das gemeinsame Aushandeln auf der Suche nach Lösungen erfolgreich werden. Ansonsten gilt: »Wer nur die eine Wahrheit gelten lässt, ist unfähig zum Dialog und wird der Situation nicht gerecht.« (ebd.) Eine gute Streitkultur kann Erkenntnisse und Lösungen zustande bringen, die bei

vorgeblicher Einigkeit nicht möglich gewesen wären. Für diese Aushandlungsprozesse wird die Fähigkeit, sprechen zu können, benötigt, die die Grundvoraussetzung gesellschaftlicher Teilhabe ausmacht: Nur wer es vermag zu sprechen, kann und will mitreden. Insofern ist sprachliche Bildung das grundlegende Medium der Demokratieverziehung.

Um diesen Zusammenhang pointiert zu verdeutlichen, enthält der Titel meines Beitrags ein bedeutungsoffenes Wortspiel, das auf einigen Vorannahmen basiert, die eine Kontextualisierung in dreifacher Hinsicht erfordern:

- (1) Die Aussage ist ganz konkret und pragmatisch zu verstehen: Die Person muss *akustisch hörbar bzw. deutlich wahrnehmbar sprechen können* sowie im Sinne von *sich ausdrücken können* über sprachliches Wissen verfügen und dieses anwenden können, d. h. wissen, wie zu argumentieren ist und wie bzw. wo die Argumente am besten platziert werden, damit sie die Chance hat, gehört zu werden. Alle diese beschriebenen Fähigkeiten sind elementare Grundvoraussetzungen zur gesellschaftlichen Teilhabe, zumal in einer Demokratie.
- (2) Die Explizierung von Präsuppositionen und konversationellen Implikaturen betrifft vor allem die beiden infiniten Verben des zweiten Teilsatzes *sprechen können*. Diese sind umzudeuten: *Sprechen können* ist im Sinne von *etwas zu sagen haben* zu verstehen, d. h. sowohl das Vollverb als auch das Modalverb werden als konversationelle Implikatur uminterpretiert: *Wer mitreden will*, sollte *etwas zu sagen haben*, sollte einen inhaltlichen Beitrag leisten können und sich zuvor eine eigene Meinung bzw. Position gebildet haben.
- (3) Und schließlich ist bei all dem bereits Erläuterten zu reflektieren: Sprache hat kommunikative, kognitive und soziale Funktion. Sprache dient nicht nur der Verständigung, sondern sie beeinflusst, was wir denken und uns vorstellen können, und damit auch, wie wir die Welt und uns selbst in ihr erfahren und wie wir uns anderen Menschen zuwenden.

Im schulischen Kontext sind Werte- und Demokratieverziehung die Bereiche, in denen entsprechende sprachliche Fähigkeiten entwickelt werden können und auch müssen angesichts gesellschaftlicher Herausforderungen durch eine »metakommunikative Polarisierung« bzw. einen »kommunikativen Klimawandel« (Pörksen 2020, 35 u. 37). In diesem Sinne verstanden ist Sprache hochpolitisch (vgl. Hofmann 2018) – und das ist im Blick auf Demokratieverziehung wiederum auch inhaltsbezogen von großer Bedeutung: So geht es nämlich beispielsweise in der kritischen Auseinandersetzung mit stigmatisierender und diskriminierender Sprache – anders als die Gegner:innen der sogenannten Political Correctness es häufig darstellen – um sehr viel mehr als persönliche Be- und Empfindlichkeiten. Es geht um Möglichkeiten sozialer und politischer Teilhabe. Diese sicherzustellen ist in einer Demokratie überaus relevant. Darum ist die Debatte um angemessene Bezeichnungen richtig und wichtig. Die diskursiven Kämpfe um nichtdiskriminierende Sprache sind bisweilen unbehaglich, wenn so gesprochen wird, dass der Eindruck entsteht, mit der Aushandlung über eine richtige Terminologie seien alle Probleme gelöst.

Dabei fängt das inhaltsbezogene Sprechen dann gerade erst an. Wenn nämlich im politischen Kontext von Diskriminierung die Rede ist, geht es um historisch gewachsene gesellschaftliche Strukturen. Sich gegen Diskriminierung einzusetzen heißt auch, das Gespräch über Mechanismen und Erfahrungen der Diskriminierung in Gang zu halten. Als »geistiges Werkzeug« dafür, wie sich Diskussionen und Debatten verbessern lassen, wird vom Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen und dem Kommunikationspsychologen Friedemann Schulz von Thun unter anderem die »Dilemmabewusste Strategieentwicklung« (Pörksen/Schulz von Thun 2020, 165) vorgestellt, mittels derer ein Dreischritt zur Reflexion von Kommunikationssituationen vorgeschlagen wird: »(1) Analysiere den Kontext und erkenne Dein Dilemma, (2) Begreife das Risiko und kalkuliere den Preis und (3) Agiere reflektiert und stimmig.« (ebd.) Diese Methode hat Potenzial für schulische Demokratie- und Werteerziehung. Und hier sind die sprachlichen Fächer – besonders der Deutschunterricht – gefordert wie selten zuvor. Denn sprachliche Bildung hat das Ziel, sprachliche Bewusstheit zu erreichen. Nur dann können Argumente entwickelt werden, die sich nicht durch Zahlen, Statistiken und Meinungsumfragen ersetzen lassen. Auch sie müssen sprachlich begründet, gedeutet und bewertet werden. Darin liegt eine zentrale Aufgabe – nicht nur für Germanist:innen und Deutschlehrer:innen. Anlässe dazu gibt es insbesondere im schulischen Kontext mehr als genug, betrachtet man beispielsweise die komplexen Herausforderungen, wie sie seit rund 20 Jahren parallel zur Veröffentlichung von entsprechenden Studienergebnissen deutlich werden:

»Sprache heißt mehr als Verschlüsselung und Entschlüsselung von Informationen, wie die PISA- und IGLU-Studien höchst erfolgreich haben glauben machen können. Sprache hat kommunikative und diskursive, emotionale und soziale, ästhetische und rhetorische Facetten. Von der Fähigkeit zum Sprachgebrauch hängt die Qualität sozialer Beziehungen ab, und sie ist auch die Voraussetzung für die Politik- und Demokratiefähigkeit der nachwachsenden Generation. Die Vermittlung der Fähigkeit, nicht nur korrekte, sondern auch komplexe Sätze zu schreiben, mit ihnen einen Sachverhalt klar auszudrücken, Gedanken zu entfalten, eine Argumentation zu entwickeln, die richtigen Wörter zu finden, die angemessene Stilebene zu erkennen und, das vor allem, in der sprachlichen Formulierung von den eigenen Erlebnissen Abstand zu gewinnen, gehört zu den Kernaufgaben der Schule.« (Brenner 2019, 14)

Fachliches Wissen, rationales Denken und differenziertes Sprachvermögen sind die Grundlagen demokratischer Bildung, die an Schulen zu vermitteln ist. Es liegt somit eine umfassende Aufgabenbeschreibung sprachlicher Bildung als notwendige Voraussetzung des Zusammenlebens in einer Demokratie vor, in die die Entwicklung einer werteorientierten Argumentationsfähigkeit<sup>1</sup> einzubeziehen ist. Überlegungen zur manipulativen Wirkung von Sprache – ausgehend von

---

1 Vgl. dazu den Beitrag von Simon Dax im vorliegenden Heft.

Phänomenen wie *framing* (vgl. dazu Lakoff/Wehling 2016) und *hate speech* – zählen angesichts von Diskussionen in einer breiten Öffentlichkeit um die Qualität sprachlicher Äußerungen ebenfalls dazu.<sup>2</sup> Das bedeutet: Die Fähigkeit zur kritischen Reflexion ist im Deutschunterricht zu intensivieren und zwar besonders bezogen auf Kommunikation in Zeiten der Digitalität. Es ist zu reflektieren, wie nicht zuletzt auch sprachlich aktuellen Krisen begegnet werden kann. Hierbei ist vor dem Hintergrund fachlicher Perspektiven zu fragen, welche didaktischen Strategien und methodischen Leitlinien zur Verfügung stehen, um sich für Demokratie, Respekt, Toleranz, Pluralismus und Wissenschaftsfreiheit zu engagieren. Bei der Suche nach Antworten sind implizit zentrale Herausforderungen von Demokratie- und Werteerziehung benannt, die im Folgenden ausgehend von drei Zitaten zu explizieren sind. Dabei ist von der Annahme auszugehen, dass die politische Willensbildung der Einzelnen und deren gesellschaftliche Teilhabe zentrale Voraussetzung für eine deliberative Demokratie sind, wie Andreas Busch (2019, 3) herausstellt:

»Demokratie ist ein hohes Gut, weshalb der Begriff stark normativ aufgeladen ist. Direkt aus dem Griechischen übersetzt bedeutet er ›Herrschaft des Volkes‹, wie wir alle wissen – aber das ist problematisch, denn es insinuiert, dass das Volk einen Willen hat, der in irgendeiner Weise erkennbar ist und den Regierungen nur umzusetzen brauchen. Es gibt aber keinen einheitlichen Volkswillen, den man kennen kann – auch wenn Populisten mit eben dieser Behauptung politische Gewinne zu machen versuchen. Die Pluralität politischer Meinungen bzw. Willenspositionen ist vielmehr in unseren modernen Gesellschaften ebenso empirische Tatsachenbeschreibung wie sie normativer Anspruch ist – als Ausdruck der Freiheit, unterschiedlicher Meinung zu sein. Demokratie ist deshalb vor allem prozedurale Beschreibung. Demokratie entsteht, indem auf demokratische Weise vorgegangen wird und Willensbildung stattfindet. Ein gut funktionierender Prozess politischer Willensbildung ist demnach Voraussetzung für das Gelingen von Demokratie.«

Die Willensbildung ist somit durch den Einfluss der Digitalisierung in dreifacher Weise, wie Andreas Busch im Anschluss an die zitierte Einleitung zeigt, gefordert: (1) Durch eine rasante Beschleunigung an Informationen, (2) durch eine selektive Verstärkung derselben sowie (3) durch die Tatsache der Filterlosigkeit. Weder Journalist:innen noch Unternehmen oder staatlicher Verwaltung kommt noch eine Schleusenwärterfunktion zu. Das bedeutet: Auf jede und jeden kommt es an. Dadurch verändert sich die Aufgabenbeschreibung für Schulen: Sprachliche Bildung ist unverzichtbar mit dem Ziel der Befähigung zur sprachlichen Teilhabe am demokratischen Leben. Diese Wichtigkeit der gemeinsamen Willensbildung und der Zusammenhang zur Werteerziehung, die im schulischen Kontext von großer Bedeutung ist, sind auch gesellschaftlich von enormer Relevanz. Denn »Konfliktbearbeitung ist der Klebstoff der Demokratie« (Weller

2 Vgl. dazu den Beitrag von Konstanze Marx im vorliegenden Heft.



2021), da es unterschiedliche Lebensstile, Weltanschauungen und politische Überzeugungen gibt. Darin, dass die Gesellschaft immer heterogener wird, liegen große Chancen, aber auch Herausforderungen für die Demokratie und ihren Zusammenhalt. Gerade im Umgang mit dieser Vielfalt steckt das produktive Potenzial sozialer Konflikte, wenn sie bewusst bearbeitet werden. Überlegungen wie diese formulierte bereits der Soziologe Ralf Dahrendorf 1965 in ›Gesellschaft und Demokratie in Deutschland‹. Er beschreibt als Kern der Demokratie nicht den Zusammenhalt, sondern den Konflikt, den Streit um Interessen, Werte und Lebensformen. Stimmt man dieser Feststellung zu, so scheint die demokratische Herausforderung nicht in einem Verlust von Werten zu bestehen, sondern es ergibt sich ein Aufwuchs an Werten und Lebensformen, in denen sich Werte zeigen. Darum wird für einen konstruktiven Umgang mit der Vielzahl an Möglichkeiten die Fähigkeit zur Artikulation von Meinungen und Positionen benötigt. Eine Grundsatzfrage schulischer Werteerziehung ist es dabei zu hinterfragen, inwieweit es dem Staat zukommt, verpflichtend bestimmte Wertevorstellungen zu vermitteln. In den Fokus der Diskussion gerät hierbei die Vereinbarung, die beispielsweise in den drei Prinzipien der politischen Bildung im Beutelsbacher Konsens (bpb 1976/2011) ihren Niederschlag findet, der nach wie vor aktuelle Bedeutung hat (vgl. Scherb 2010): Das sogenannte *Überwältigungsverbot* oder *Neutralitätsgebot* verweist darauf, dass es dem Staat verwehrt ist, auf die innere Mentalitätsstruktur der Bürger:innen einzuwirken; diese Pflicht zur Neutralität muss leitend sein. Lehrpersonen sollen ihre Machtposition nicht dazu verwenden, eigene Überzeugungen zu oktroyieren, sondern diese im Sinne des *Kontroversitätsgebotes* zur Diskussion stellen, d. h. die Unterrichtsgegenstände sollen kontrovers eingeführt werden. Und schließlich haben sich Lehrpersonen bei der Themenwahl auch an den Interessen der Schüler:innen auszurichten und sich zielgruppenorientiert mit den relevanten Unterrichtsgegenständen auseinanderzusetzen. Hinzu kommt, dass angesichts aller staatlichen Aufgaben und Gesetze zur Werteerziehung in der Schule immer auch zu bedenken ist, wie die schulische Erziehungspflicht in ihrem Verhältnis zum Elternrecht zu beschreiben ist (GG Art. 6 Abs. 1), also dem verfassungsmäßigen Recht der Eltern, ihre Kinder nach den eigenen Wertvorstellungen zu erziehen. Für die Schule besteht eine große Herausforderung darin, die Schüler:innen in Zusammenwirken mit den Elternhäusern auf ihrem Weg in die Selbstständigkeit zu begleiten. Das kann bedeuten, Lernende da zu stützen, wo sie die Verlässlichkeit durch die Eltern nicht bekommen. Es kann aber auch heißen, ihnen eigene Wege zu weisen, wo sie durch die Eltern zu sehr festgelegt werden. Gerade dieses Motiv ist beispielsweise in Adoleszenzromanen vielfältig behandelt worden und lässt sich im Deutschunterricht im Rahmen der Beschäftigung mit einer Schullektüre thematisieren, um Reflexionsprozesse zu initiieren.<sup>3</sup>

---

3 In einer nicht-repräsentativen, nach dem Jahr des Erscheinens sortierten Auswahl sind Texte zu nennen wie Uwe Johnsons Roman ›Ingrid Babendererde. Reifeprüfung

Hierbei sind entwicklungspsychologisch bedingte Unterschiede zu bedenken: Ab dem Alter von drei Jahren bildet sich die Fähigkeit zur geteilten Intentionalität und zur kooperativen Kommunikation mit den jeweiligen Bezugspersonen wie Eltern, Großeltern, Geschwistern, Mitgliedern der erweiterten Familie, aber auch Kinderpfleger:innen und Erzieher:innen. Dies ist die Grundlage dafür, Konventionen und Normen zu respektieren und zu vertreten. Zur Zeit der Einschulung verfestigen sich, wie Studienergebnisse der evolutionären Anthropologie zeigen (vgl. Tomasello 2020), eine kognitive und eine moralische Identität. Je weiter die persönliche Entwicklung voranschreitet, desto wichtiger werden Erfahrungen und Lernen gegenüber der Vorstellung einer bloßen Reifung. Darum sollte das Ziel von Werteerziehung von Anfang an darin bestehen, Wertbildungsprozesse insbesondere durch Reflexion anzuregen, damit diese eingeübt werden und mit fortschreitendem Alter besser gelingen. Dies gilt auch für die Fähigkeit, Wertekonflikte in der eigenen Person wahrzunehmen, auszuhalten und zu entscheiden. Wer nie gelernt hat, Werteentscheidungen hierarchisch zu ordnen, der würde im Extremfall handlungsunfähig. Kinder und Jugendliche ohne Werteerziehung aufwachsen zu lassen, kommt einer Vernachlässigung gleich.

### 3. Deutschunterricht und gesellschaftliche Verantwortung

Schule ist ein wertvoller Ort in umfassendem Sinn: Sie ist zwar ein gegen ideologische Indoktrination und politische Denunziation geschützter, aber auch ein Raum, in den gesellschaftliche Themen und Konflikte eingehen. In den Klassenzimmern treffen – wie sonst nirgends in der Gesellschaft – unterschiedlichste Meinungen und Wertvorstellungen aufeinander. Die daraus resultierenden Herausforderungen und Chancen einer Demokratieerziehung, nämlich Aushandlungsprozesse stattfinden zu lassen, sind auf der Basis des Grundgesetzes und der jeweiligen Landesverfassungen möglich. Relevant sind zudem Beschlüsse der Kultusministerkonferenz sowie bundeslandspezifische Vorgaben in Bildungsgesetzen und Lehrplänen. Bezogen auf konkrete Jahrgangsstufen ist auch Unterricht als eine Vorbereitung auf das demokratische Miteinander zu verstehen, in dem – medial sprachlich vermittelt – Aushandlungsprozesse eingeübt werden sollen. In dieser sprachlichen Bildung des Einzelnen vollzieht sich ein Beitrag zur Kommunikationsmündigkeit, die in Zeiten der Digitalität auch den Blick auf Medienkritikfähigkeit richten muss. Dies ist insbesondere angesichts der veränderten Bedingungen öffentlicher Kommunikation eine notwendige Voraussetzung für die deliberative Demokratie. Denn die Öffentlichkeit ist mit

---

1953< (Frankfurt 1985), ›Faserland‹ von Christian Kracht (Köln 1995), ›Der Vorleser‹ von Bernhard Schlink (Zürich 2010) oder ›Vierzehn‹ von Tamara Bach (Hamburg 2016).

dem Aufkommen und der Verbreitung der Massenmedien einem tiefgreifenden Wandel unterzogen:

»Wie früher die Religion, so sind es heute die Medien, die unsere Beziehung zur Welt bestimmen – einer Welt, die nicht erst jenseits der Welt wirklich ist, sondern deren Wirklichkeit die der Medien ist: Es gibt kein unbedingtes Reales, das ein für alle Mal gegeben wäre. Das Reale wird hergestellt, wird produziert. Es besteht lediglich als Herstellung einer Beziehung zur Welt, durch Religion, durch Spitzentechnologie, durch eine Philosophie etc. Die Mittel einer Gesellschaft und einer Zeit stellen das Reale her.« (Beuscher 1999, 52)

Auch wenn Jürgen Habermas bereits 1962 in seiner Abhandlung ›Strukturwandel der Öffentlichkeit‹ auf diesen Sachverhalt hingewiesen und 2022 mit seinem Essay ›Überlegungen und Hypothesen zu einem erneuten Strukturwandel der politischen Öffentlichkeit‹ die Analyse mit Hinweisen auf die digital veränderte Medienstruktur und deren Auswirkungen auf den politischen Prozess aktualisiert hat, ist dies in den Konzeptionen schulischer Demokratie- und Werteerziehung bisher nicht genügend berücksichtigt worden: Erziehung erfolgt nicht nur im Spannungsfeld zwischen familiärer Privatheit und sozialer sowie schulischer Öffentlichkeit, sondern durch die mediale Vermittlung von Werten sind die an Bildungsprozessen Beteiligten zu einer erhöhten Reflexionsfähigkeit gezwungen. Die Debatte über Werte vollzieht sich als ein medial öffentlicher Diskurs. Hier haben sich in den letzten Jahren mit Zunahme der Nutzung sog. sozialer Medien gravierende Veränderungen vollzogen. Habermas benennt darum aktuell zu Recht Probleme, die die Orientierungsfähigkeit der Einzelnen in der Demokratie – und allmählich auch die demokratische Form an sich – gefährden:

»Der Aufstieg der neuen Medien vollzieht sich im Schatten einer kommerziellen Verwertung der einstweilen kaum regulierten Netzkommunikation. Diese droht einerseits den traditionellen Zeitungsverlagen und den Journalisten als der zuständigen Berufsgruppe die wirtschaftliche Basis zu entziehen; andererseits scheint sich bei exklusiven Nutzern sozialer Medien eine Weise der halböffentlichen, fragmentierten und in sich kreisenden Kommunikation zu verbreiten, die deren Wahrnehmung von politischer Öffentlichkeit als solcher deformiert. Wenn diese Vermutung zutrifft, wird bei einem wachsenden Teil der Staatsbürger eine wichtige subjektive Voraussetzung für den mehr oder weniger deliberativen Modus der Meinungs- und Willensbildung gefährdet.« (Habermas 2022, 11)

Mit dieser Analyse soll die Wichtigkeit deutlich werden, alle Lernenden entsprechend auszubilden, damit sie die notwendigen Voraussetzungen für die Partizipation an und damit für das Funktionieren der demokratischen Staatsform erwerben. Denn diese ist und bleibt die politische Willensbildung der Einzelnen. Das heißt auch: Schulen sind mit erweiterten Aufgabenzuschreibungen konfrontiert, was mit vielfältigen Herausforderungen für die Lehrpersonen verbun-



Abbildung 7: Meme als Medium der Meinungsäußerung; online unter: <https://media.makeameme.org/created/was-zum-henker.jpg> (letzter Zugriff: 10.06.2023).

den ist, die ihrerseits kompetent im Blick auf Meinungsbildungsprozesse sein bzw. dies durch die Aus- und Weiterbildung werden müssen. Dies bezieht beispielsweise auch den Umgang mit aktuellen Formen der politischen Meinungsäußerungen Jugendlicher ein, die sich etwa in Form von Memes (Abb. 7) positionieren (vgl. dazu Anselm/Hammer-Bernhard 2023, 290):

»Der Schule und ihren Akteur:innen kommt somit eine besondere Verantwortung zu. Denn nur wenn Schüler:innen zu kompetenten Sprachbenutzer:innen ausgebildet werden, können demokratische (Meinungsbildungs-)Prozesse langfristig betrachtet konstruktiv gestaltet werden. Hinsichtlich sprachdidaktischer Zielsetzungen erscheint es hierbei vorrangig, die rezeptiv-analytischen Kompetenzen mit produktiv-handlungsbezogenen Fähigkeiten und Fertigkeiten zu verbinden.«

Um über die Klassenzimmer hinauszudenken und allen Lernenden gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, ist also letztlich zum einen der Umgang mit sozialen Medien eine unerlässliche Voraussetzung für das Funktionieren der demokratischen Staatsform. An diesem Punkt greifen die empirischen Daten und die analytischen Sichtweisen ineinander. Zum anderen ist auch *digital literacy* unabdingbar, die sich etwa darin zeigt, Fakten von Fiktionen unterscheiden zu können. Und das ist, wie die Sonderstudie PISA-E (OECD 2021) oder auch die Ergebnisse der IGLU-Studie 2021 (vgl. McElvany et al. 2023) verdeutlicht haben, keineswegs (mehr) selbstverständlich. Bestandsaufnahmen wie diese bedeuten auch, dass Schulen mit erweiterten Aufgabenzuschreibungen konfrontiert werden, was mit vielfältigen Herausforderungen für die Lehrpersonen verbunden ist. Sie sind kompetente Vermittler:innen, die performativ handelnd Fragen der Werte- und Demokratieerziehung gestalten. Dies wird beispielsweise durch die Kommunikationsatmosphäre eines bestimmten Unterrichtsstils möglich (vgl. dazu Anselm/Werani 2017), der allein schon in den sprachlichen Äußerungen zugrundeliegende Werte erkennen lässt. Denn jede Lehrperson lebt eine eigene

Werteordnung und in einer persönlichen Wertewelt. Diese wird für die Schüler:innen mittelbar erfahrbar, indem sie sich durch Beobachtung ableiten, was den Lehrpersonen wichtig und wertvoll ist. Die jeweilige Werteordnung zeigt sich auch, wenn eine Lehrperson ihr Handeln deutet. Diese Erläuterung der eigenen Positionierung durch sprachliche Artikulierung ist ein entscheidender Prozess im Wertelernen von Schüler:innen (vgl. dazu auch Anselm/Werani 2020). In dieser Veröffentlichung eines Aspekts des Wertekosmos einer Lehrperson tritt die Lehrer:innen-Schüler:innen-Beziehung in eine personale Bindungsebene. In diesem Augenblick geschieht im Kontext der formalen Unterrichtsstruktur gewissermaßen etwas Privates. Die Wertsetzung ist ein Angebot und eine Aufforderung zur Auseinandersetzung. Sie hat keine Verbindlichkeit, aber sie bietet eine Möglichkeit. In ihr vollzieht sich implizit das Erzieherische durch ein Vorbildmoment. In Bewertungsprozessen wie diesen wird beispielsweise deutlich, dass Demokratie kein Selbstläufer ist, sondern immer wieder aufs Neue gestärkt, verteidigt und vor allem gemacht werden muss (vgl. Achour 2021). Denn eine positive Einstellung zur Demokratie kann nicht nur über Wissen erzeugt werden, sondern bedarf der affektiven Bindung. Darum kommt in diesem Zusammenhang der Schule als sozialisierender Institution eine zentrale Aufgabe zu, und zwar vor allem deswegen, weil die Personen, die zukünftig stärker in der Gesellschaft mitbestimmen, bereits heute in den Klassenzimmern sitzen. Im schulischen Unterricht lässt sich dies durch die performative Gestaltung einer demokratischen Unterrichtskultur realisieren, die diskursive Entscheidungsfindungsprozesse ermöglicht. Dabei dient die Förderung von Sprachbewusstheit und Argumentationsfähigkeit dazu, kritisches Denken im Umgang mit Sprache und Meinungsbildung zu schulen. Hier gelten pädagogische Überlegungen, wie sie von Theodor W. Adorno (1966) in einer klassisch gewordenen Radioansprache angestellt wurden: Ohne mündige, selbstbestimmte Menschen ist Gesellschaft als verwirklichte Demokratie nicht vorzustellen.

#### **4. Demokratieverziehung und Lehrer:innenbildung**

In Überlegungen wie diesen zeigt sich die Wirkung von grundlegenden Rahmenvorgaben: Die Relevanz von Demokratie- und Werteerziehung für Lehrpersonen werden in der von der KMK herausgegebenen Ländervereinbarung über die gemeinsame Grundstruktur des Schulwesens und die gesamtstaatliche Verantwortung der Länder in bildungspolitischen Fragen prominent platziert. In Art. 17 Absatz (1) ist neben der Beschreibung der Tätigkeiten von Lehrkräften als sie »unterrichten, erziehen, betreuen und beraten die Schülerinnen und Schüler in eigener pädagogischer Verantwortung« (KMK 2020) auch die zentrale Rolle von Lehrkräften im Blick auf Werteerziehung benannt:

»Sie treten aktiv ein für die Unverhandelbarkeit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und der ihr zugrunde liegenden Werte, insbesondere in politischen, religiösen und weltanschaulichen Fragen.« (ebd.)

Diese Positionierung enthält deutlichen Aufforderungscharakter. Denn eine entscheidende Voraussetzung für eine diskursiv verstandene schulische Werteerziehung ist darin zu sehen, dass das Zusammenleben im Staat mittels Normen auf Basis der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und den ihr zugrunde liegenden Werten geregelt ist und den Einzelnen größtmögliche Freiheit bei der Aushandlung der persönlichen Überzeugungen und Werte überlässt. Einerseits bedarf schulische Werteerziehung also der Grundlage von Demokratie und Pluralismus, andererseits ist Werteerziehung erst auf diesem Fundament vorstellbar. Zudem ist ein reflektierter Umgang entscheidend, denn es ist unvermeidlich, dass im Schulunterricht Werte nicht nur direkt, sondern gewissermaßen nebenbei implizit zur Sprache kommen bzw. vorgelebt werden. Darum ist insbesondere Demokratieerziehung ein transdisziplinäres (formales) Bildungsziel, wie der aktualisierte Beschluss der Kultusministerkonferenz ›Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule‹ (KMK 2018) verdeutlicht:

»Kinder und Jugendliche brauchen ein Wertesystem, in dem sie sich orientieren können. Schule ist dafür verantwortlich, ihnen eines zu vermitteln, das den freiheitlichen und demokratischen Grund- und Menschenrechten entspricht. Die Grundrechte des Grundgesetzes sind nicht nur Abwehrrechte des Bürgers gegen staatliche Willkür. In den Grundrechtsbestimmungen verkörpern sie nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts auch eine objektive Wertordnung. Die Menschenwürde ist die wichtigste Wertentscheidung des Grundgesetzes. Sie kommt allen Menschen allein schon kraft ihres Menschseins zu und ist unantastbar. Somit ist auch Schule kein wertneutraler Ort. Das pädagogische Handeln in Schulen ist von demokratischen Werten und Haltungen getragen, die sich aus den Grundrechten des Grundgesetzes und aus den Menschenrechten ableiten lassen. Der freiheitliche demokratische Staat lebt von Voraussetzungen, die er als Staat allein nicht garantieren kann. Er ist darauf angewiesen, dass Bürgerinnen und Bürger aus eigener Überzeugung freiwillig im Sinne der Demokratie handeln. Historisch-politische Urteilsfähigkeit und demokratische Haltungen und Handlungsfähigkeit als Schlüsselkompetenzen müssen entwickelt und eingeübt werden. [...] Die gelebte Demokratie muss ein grundlegendes Qualitätsmerkmal unserer Schulen sein. Aus diesen Zusammenhängen ergibt sich eine demokratische Schul- und Unterrichtsentwicklung als Querschnittsaufgabe.«

Demokratieerziehung bedeutet also die Auseinandersetzung über Sprache und Rhetorik; dadurch kann präventiv für die Macht der Sprache sensibilisiert werden. Und auch der Literaturunterricht lässt sich performativ als Beitrag zur Demokratieerziehung verstehen: Die Interpretation von Texten ist notwendig individuell und plural zugleich. Die Aushandlung von Bedeutungen erfolgt mit dem

Ziel, sich über gemeinsame Verstehensprozesse zu verständigen, d.h. Klassenzimmer sind Übungsräume im geschützten Bereich; sie sind analoge Arenen und ermöglichen Dialoge, die die Einübung von Geltungsansprüchen im digitalen Raum vorbereiten, auf Meinungsbildung und Reflexion abzielen, daran mitarbeiten, Wissensbestände zu bewerten und sinnhaftes Lernen zu ermöglichen. Performative Widersprüche hingegen wären problematisch. Zudem hat Literatur identitätsbildendes Potenzial und ist weitaus mehr als ein Medium zur Steigerung der Lesefertigkeit (vgl. Anselm 2020; Bär 2019). Inhaltsbezogen können nämlich ästhetische und ethische Fragen verhandelt werden, die wiederum Aspekte aus dem engeren Bereich der Demokratieerziehung thematisieren. So verstanden ist Literaturunterricht als »Empowerment« (Zelger 2015, 29) zu begreifen:

»Man kann durchaus sagen, dass der Literaturunterricht eine neue politische Dimension erhält. Wenn der Kompetenzerwerb darauf abzielt, handeln, mitreden und urteilen zu können und zu wollen, kann er zweifellos auch als Empowerment angesehen werden. Mit dem Augenmerk auf Ungleichheiten und Diversität realisiert ein solcher Literaturunterricht auch demokratiepolitisches Potenzial.« (ebd.)

Damit ein professioneller Umgang mit Implikationen wie diesen eingeübt werden kann, bedarf es geeigneter Lerngelegenheiten bereits während der universitären Ausbildung. Auf diese Weise lässt sich das Antworten auf ethische Fragestellungen erproben bzw. reflektieren. Ziel hierbei ist die Entwicklung von Wertereflexionskompetenz als einer Art von individuellem Kompass im Bereich der ethischen Urteilsfähigkeit. Ansonsten würde allzu schnell eine problematische »Kathederprophetie« wirksam, vor der der Soziologe Max Weber in seiner berühmten Vorlesung »Wissenschaft als Beruf« die Münchner Studierenden bereits 1919 gewarnt hat:

»Man kann zu dem Wertproblem, um das es sich jeweils handelt [...], praktisch die und die verschiedene Stellung einnehmen. [...] Der Lehrer kann die Notwendigkeit dieser Wahl vor Sie hinstellen, mehr kann er, solange er Lehrer bleiben und nicht Demagoge werden will, nicht. Er kann ferner natürlich sagen: wer den und den Zweck will, der muß die und die Nebenerfolge, die dann erfahrungsgemäß eintreten, in Kauf nehmen. Wieder die gleiche Lage. [...] Es scheint mir das nicht so sehr wenig zu sein, auch für das rein persönliche Leben. Ich bin auch hier versucht, wenn einem Lehrer das gelingt, zu sagen: er stehe im Dienst »sittlicher« Mächte: der Pflicht, Klarheit und Verantwortungsgefühl zu schaffen, und ich glaube, er wird dieser Leistung um so eher fähig sein, je gewissenhafter er es vermeidet, seinerseits dem Zuhörer eine Stellungnahme oktroyieren oder suggerieren zu wollen.« (Weber 1919/2011, 31)

In dieser Schlusspassage der Rede wird auf eindrucksvolle Weise deutlich, dass die Aufgabe der Lehrer:innen nur darin bestehen kann, den Wertbildungsprozess anzuregen, nicht aber irgendwie geartete *Entscheidungen* vorzugeben. Vielmehr sollen die Erklärungen der Lehrenden frei von persönlichen Werturteilen sein



(vgl. dazu ausführlicher Anselm 2012, 409 f.). Insbesondere im Literaturunterricht sah im weiteren Verlauf der Philosophiegeschichte Nicolai Hartmann eine Herausforderung für die Lehrpersonen und deren Fähigkeit zur ethischen Urteilsbildung:

»Unmerklich tun sich an Lehrgegenständen und Lebensfragen die Wertprobleme auf, und ungewollt leitet ein jeder, der rügt, rät, aufmerksam macht oder literarischen Stoff bespricht, den Wertblick des Unverbildeten auf seine ewigen Gegenstände, die ethischen Werte. Je jünger und unfertiger die Lernenden, umso verantwortlicher und folgenschwerer der Einfluß. Der zu enge Wertblick des Pädagogen ist allemal eine ernstliche Gefahr für die ihm anvertraute Jugend. [...] Der Grund des Übels ist die ethische Unbildung des Erziehers. Hier hat die philosophische Ethik eine höchst aktuelle Aufgabe. Sie hat den Erzieher zu erziehen, wie dieser die Jugend zu erziehen hat.« (Hartmann 1926/1962, 32)

Und spätestens seit Friedrich Nietzsches »Umwertung aller Werte« wurde deutlich, dass der Wertbegriff selbst ein interpretationsoffener und in dieser Interpretationsoffenheit ein ideologiefälliger Begriff ist. Insbesondere besteht die Gefahr zur Ideologisierung dann, wenn diese grundsätzliche Interpretationsoffenheit vergessen oder verschleiert wird. Mit seinen Überlegungen gab Friedrich Nietzsche den Anstoß für die große Debatte um die Bedeutung der Werte in Bildungsprozessen, dem sog. Werturteilsstreit am Beginn des 20. Jahrhunderts. Nietzsche kritisierte, äußerst verkürzt dargestellt, die Rede von den Werten als den machtleitenden Versuch herrschender Gruppen, die eigene Vorrangstellung zu sichern, und exemplifizierte dies an der Rede von den christlichen Werten. Hier sei es das Interesse der Priester, die eigene Macht zu sichern. Diesem Zweck diene nicht nur die Predigt von Nächstenliebe und Demut, sondern insbesondere auch die aus den priesterlichen Idealen entspringende Askese: Sie führe zur Aufwertung alles Ohnmächtigen und zur Abwertung aller auf die Stärke des Einzelnen bezogenen Vorstellungen. Demgegenüber setzt Nietzsches Ethik in der Vorstellung vom Übermenschen darauf, die Individualität des Einzelnen und seine Stärke zu betonen. Nietzsches Rede von der Ideologiefälligkeit der Werte ist – nicht nur durch die Auseinandersetzung im Roman ›Über Menschen‹ von Juli Zeh (2021) – nach wie vor aktuell.

Vor diesem Hintergrund entspinnt sich eine breit ausgreifende Debatte über die Bedeutung der Werte in Bildungsprozessen und über die Rolle, die Lehrende in diesem Zusammenhang spielen sollen: Werte sind notwendig, wenn man sich nicht in der Unübersichtlichkeit der modernen Lebenswelt verfangen will. Sie sind so verstanden ein elementarer Bestandteil von Bildungsprozessen und müssen von jedem Einzelnen für sich gebildet werden: »Werte entstehen in Erfahrungen der Selbstbildung und der Selbsttranszendenz.« (Joas 1997, 10) Diese Grundthese des Soziologen Hans Joas besagt, dass es sich bei den Werten um Konstruktionen handelt, um deren konstruierten Charakter wir zwar wissen, die



uns aber dennoch als objektive Größen gegenüberreten und darum orientierend wirken. Dieser Gedanke ist eine Antwort auf die Tatsache, dass unter modernen Bedingungen eine metaphysische Begründung der Werte nicht mehr möglich ist. Werte verdanken sich keiner überzeitlich gültigen Vorstellungswelt, sondern stellen eine historisch kontingente Konstruktion dar. Werte haben den Status relativer Absolutheit; sie sind konstruiert – das relativiert sie. Dennoch erweisen sie sich als etwas, wenn es denn einmal formuliert wurde, das von seinen Konstrukteuren nicht mehr beliebig verändert werden kann. Somit haben Werte eine ideologisierende Funktion. Wer einmal formulierte Werte verändern möchte, ist rechenschaftspflichtig. Diese Spannung zwischen orientierender und ideologisierender Funktion der Werte ist für die Reflexion von schulischer Werteerziehung äußerst wichtig. Werte basieren – im Unterschied zu Normen, die äußerlich bleiben – nämlich gerade darauf, dass man sich ihnen nicht verpflichtet, sondern sich von ihnen angezogen fühlt.

## 5. Ausblick

Professionalisierung im Lehramtsstudium bedeutet im Blick auf Werterziehung, die unterschiedlichen Facetten theoretisch zu sehen und praxisbezogen handeln zu können. Von zentraler Bedeutung ist die wertereflexive Kompetenz der Lehrpersonen als professionellen Persönlichkeiten – auch im Blick auf ihre eigenen Werte (Drahmann et al. 2018) sowie ihre Präsenz, die Kontaktaufnahme und Beziehung ermöglicht, was man mit Martin Buber das »dialogische Prinzip der Erziehung« (Buber 2005, 359) nennen kann. Im Blick auf den Deutschunterricht zeigt sich dies fachbezogen beispielsweise in der Fähigkeit, angemessene Lektüreauswahlentscheidungen treffen zu können, sowie im Wissen darum, dass Sprache im Unterricht mit der Bewertung von Identität einhergeht, d. h. dass die Wahl der richtigen Worte im Rahmen der Werteerziehung von entscheidender Bedeutung ist.

Schule ist ein wertvoller Ort für Aushandlungsprozesse, in denen Werte gewissermaßen an die Oberfläche kommen und sichtbar werden können. Die Herausforderung besteht dabei darin, dass sich Werte im Unterschied zu Normen, deren Geltung durchgesetzt werden kann, nicht vermitteln im Sinne von *verordnen* oder *vorschreiben* lassen, sofern – im Blick auf die Schule gesprochen, wie oben gezeigt – »Lehrer:innen nicht zu Demagog:innen werden sollen« (nach Max Weber 1919/2011). Zudem ist das Wissen darum, dass die Bereitschaft zur Einhaltung der den Werten zugehörigen Normen zwar mit erzieherischen Handlungen angeregt und durch Außenstützung erreicht werden, aber keinesfalls abgeprüft werden kann, unverzichtbar. Auf lange Sicht ist und bleibt sie nämlich eine aktive Leistung des Individuums.

Die gemeinsam geteilten Werte stellen eine zentrale Basis für gesellschaftliches Zusammenleben dar. Oder pointiert formuliert: Werte vermitteln zwischen

Menschen, lassen sich jedoch nicht vermitteln. Werte sind erstrebenswert und attraktiv. Ihr Vorhandensein verdeutlicht, wie sehr das Zusammenleben in der Gesellschaft abhängig ist von einer gemeinsam geteilten Vorstellung vom Guten. Denn die selbstverständlich geltenden Regeln des Zusammenlebens sind von starken Wertungen geprägt. So verdankt sich allein schon die grundlegende Überzeugung einer grundsätzlichen Gleichberechtigung aller Menschen nicht einer empirischen Einsicht, sondern stellt die Folge einer Wertüberzeugung dar, die in unserer Kultur aufs Engste mit dem Christentum verbunden ist. Dies zeigt sich in der Auffassung, Menschen unabhängig von ihrer körperlichen und geistigen Verfassung, unabhängig auch von ihrer ethnischen Herkunft, ihrem Geschlecht und ihrer sexuellen Orientierung als gleichberechtigte Mitbürger:innen anzuerkennen. Die Voraussetzungen dieser Annahme werden erst unter den Bedingungen intensivierter Pluralität und vor allem auch forcierter Individualisierung deutlich. Auf derselben Überzeugung basieren die fundamentalen Prinzipien einer liberalen, rechtsstaatlichen Demokratie: der Grundsatz, dass jede Stimme dasselbe Gewicht bei Abstimmungen hat, der Sachverhalt, dass der Minderheitenschutz über das Recht gewährleistet werden muss, sowie die Verbindlichkeit von Regelungen, auch wenn man selbst bei ihrem Zustandekommen anderer Meinung gewesen ist. Hierin sind Demokratie- und Werteerziehung miteinander verbunden.

## Literaturverzeichnis

- Adorno, Theodor (1966): Erziehung nach Auschwitz. In: Kadelbach, Gerd (Hrsg.): Erziehung zur Mündigkeit – Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959 bis 1969. Frankfurt a. Main. S. 92–109.
- Achour, Sabine (2021): Politische Bildung als Transmitter der Demokratie: Demokratie muss man machen – Neun Appelle zur politischen Bildung. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Hg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn. S. 311–331.
- Achour, Sabine/Wagner, Susanne (2019): Wer hat, dem wird gegeben: Politische Bildung an Schulen. Bestandsaufnahme, Rückschlüsse und Handlungsempfehlungen. Berlin; online unter: Politische Bildung an Schulen (<https://www.fes.de/themenportal-bildungsarbeit-digitalisierung/artikelseite/wer-hat-dem-wird-gegeben-politische-bildung-an-schulen>) (letzter Zugriff: 22.05.2023).
- Anselm, Sabine (2012): Ethische Bildung durch Wertreflexionskompetenz. Überlegungen zur Werteerziehung (nicht nur im Deutschunterricht). In: Mitteilungen des deutschen Germanistenverbandes 59. Jg./H. 4. Göttingen. S. 401–415.
- Anselm, Sabine (2020): 20 Jahre PISA-Schock – Literatur(unterricht) als Zumutung?! In: Rieger-Ladich, Markus/Sosna, Anette (Hrsg.): Literatur und Bildung. Mitteilungen des deutschen Germanistenverbandes 67. Jg./H. 1. Göttingen. S. 34–42.

- Anselm, Sabine (2021): Literaturunterricht und gesellschaftliche Verantwortung. Normative Implikationen von Werteerziehung im Deutschunterricht. In: Funda, Leonie/Herzog, Judith/Köhhnen, Ralph/Rothstein, Björn (Hrsg.): Normativität. Sammelband zu Ehren von Harro Müller-Michaels. Weinheim. S. 232–254.
- Anselm, Sabine/Hammer-Bernhard, Eva (2023): »Humor ist, wenn man trotzdem lacht?« Memes zwischen Meinungsfreiheit, Fragen der Moral und Manipulation. In: König, Nicole/Standke, Jan (Hrsg.): Was gibt es da noch zu lachen? Komik in Texten und Medien der Gegenwartskultur in literaturdidaktischer Perspektive. Beiträge zur Didaktik der deutschsprachigen Gegenwartsliteratur Band 10. Trier. S. 275–294.
- Anselm, Sabine/Werani, Anke (2017): Kommunikation in Lehr-Lernkontexten. Analyse, Training, Reflexion personaler Sprechstile. Bad Heilbrunn.
- Anselm, Sabine/Werani, Anke (2020): Kommunikation und Resonanz. Über die Macht der Worte im Klassenzimmer. In: Bismarck, Kristina/Beisbart, Ortwin (Hrsg.): Resonanzpädagogischer Deutschunterricht. Weinheim. S. 74–86.
- Bär, Florian (2019): Werteerziehung im Deutschunterricht. Didaktische Grundlagen und Konzeptionen. Göttingen.
- Beuscher, Bernd (1999): Remedia. Religion – Ethik – Medien. Norderstedt.
- Brenner, Peter J. (2019): »Demokratie braucht Bildung« – aber welche? In: Das Gymnasium in Bayern. Hg. von Bayer. Philologenverband H. 4. S. 10–15.
- Buber, Martin (2005): Über den Kontakt (1950). In: Jacobi, Juliane (Hrsg.): Werkausgabe Band 8. Schriften zu Jugend, Erziehung und Bildung. Gütersloh.
- Buhrfeind, Anne (2020): Reden ohne Hass. Interview mit Friedemann Schulz von Thun: Riskiere den Streit! In: Chrismon Plus März 2020; online unter: <https://chrismon.evangelisch.de/artikel/2020/48466/reden-ohne-hass-interview-mit-friedemann-schulz-von-thun#:~:text=-%20Wer%20nur%20die%20eine%20Wahrheit,innerer%20Friedemann%20an%20seine%20Grenzen%3F> (letzter Zugriff: 19.05.2023).
- bpb – Bundeszentrale für Politische Bildung (2011): Beutelsbacher Konsens. Beutelsbacher Konsens; online unter: <https://www.bpb.de> (letzter Zugriff: 17.05.2023).
- Busch, Andreas (2019): Politische Willensbildung im digitalen Zeitalter. In: Bursfelder Universitätsreden 35. S. 3–19.
- Drahmann, Martin/Cramer, Colin/Merk, Samuel (2018): Wertorientierungen und Werteerziehung von Lehrerinnen und Lehrern in Deutschland. FORSA-Studie. Tübingen.
- Dahrendorf, Ralf (1965): Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. München.
- Gümüşay, Kübra (2020): Sprache und Sein. München.
- Habermas, Jürgen (2022): Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik. Frankfurt.
- Hartmann, Nicolai (1962): Ethik (1926). Berlin/Leipzig.
- Hofmann, Ute (2018): Mit Sprache Politik machen. Netzwerk Ethik heute; online unter: <https://ethik-heute.org/mit-sprache-politik-machen/> (letzter Zugriff: 15.05.2023).
- Joas, Hans (1997): Die Entstehung der Werte. Frankfurt.
- KMK (Hg.) (2018): Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule. Beschluss vom 06.03.2009 i. d. F. vom 11.10.2018; online unter: [https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2018/Beschluss\\_Demokratieerziehung.pdf](https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2018/Beschluss_Demokratieerziehung.pdf) (letzter Zugriff: 18.05.2023).
- KMK (Hg.) (2020): Ländervereinbarung über die gemeinsame Grundstruktur des Schulwesens und die gesamtstaatliche Verantwortung der Länder in zentralen bil-

- dungspolitischen Fragen; online unter: [www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen\\_beschluesse/2020/2020\\_10\\_15-Laendervereinbarung.pdf](http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2020/2020_10_15-Laendervereinbarung.pdf) (letzter Zugriff: 19.05.2023).
- Lakoff, George/Wehling, Elisabeth (2016): *Auf leisen Sohlen ins Gehirn: Politische Sprache und ihre heimliche Macht*. Heidelberg.
- McElvany, Nele/Lorenz, Ramona/Frey, Andreas/Goldhammer, Frank/Schilcher, Anita/Stubbe, Tobias C. (Hrsg.) (2023): *IGLU 2021. Lesekompetenz von Grundschulkindern im internationalen Vergleich und im Trend über 20 Jahre*. Münster.
- OECD (2021): *21st-Century Readers: Developing Literacy Skills in a Digital World, PISA*. Paris: OECD Publishing; online unter: [doi.org/10.1787/a83d84cb-en](https://doi.org/10.1787/a83d84cb-en) (letzter Zugriff: 19.05.2023).
- Pörksen, Bernhard (2020): *Gesellschaft der Gleichzeitigkeiten. Über den kommunikativen Klimawandel – ein Vorwort*. In: ders./Schulz von Thun, Friedemann (Hrsg.). München. S. 9–42.
- Pörksen, Bernhard/Schulz von Thun, Friedemann (2020): *Die Kunst des Miteinander-Redens*. München.
- Scherb, Armin (2010): *Der Beutelsbacher Konsens*. In: Lange, Dirk/Reinhardt, Volker (Hrsg.): *Strategien der politischen Bildung. Handbuch für den sozialwissenschaftlichen Unterricht*. Baltmannsweiler. S. 31–39.
- Tomasello, Michael (2020). *Mensch werden*. Berlin.
- Weber, Max (1919/2011): *Politik als Beruf*. Stuttgart.
- Weller, Christoph (2021): *Konfliktbearbeitung ist der Klebstoff der Demokratie*; online unter: <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdosiers/331457/konfliktbearbeitung-ist-der-klebstoff-der-demokratie/> (letzter Zugriff: 19.05.2023).
- Werani, Anke (2023): *Sprache und Identität: Eine Einführung*. Tübingen.
- Wertebündnis Bayern/Brunswick Group (2022): *Werte-Atlas Bayern. Ergebnisse der zweiten Wertestudie*; online unter: [https://www.wertebuendnis-bayern.de/wp-content/uploads/2022/07/Werteatlas-Bayern\\_Ergebnisse-2\\_Wertestudie.pdf](https://www.wertebuendnis-bayern.de/wp-content/uploads/2022/07/Werteatlas-Bayern_Ergebnisse-2_Wertestudie.pdf) (letzter Zugriff: 26.06.2023).
- Zeh, Juli (2021): *Über Menschen*. München.
- Zelger, Sabine (2015): *Didak-tick. Zu bedeutsamen Interferenzen von Politik- und Literaturvermittlung*. In: Stefan Krammer/dies. (Hrsg.): *Literatur und Politik im Unterricht*. Schwalbach. S. 21–41.
- Zhadan, Serhij (2022): *Rede zum Friedenspreis des Deutschen Buchhandels*; online unter: [www.friedenspreis-des-deutschen-buchhandels.de/alle-preistraeger-seit-1950/2020-2029/serhij-zhadan](http://www.friedenspreis-des-deutschen-buchhandels.de/alle-preistraeger-seit-1950/2020-2029/serhij-zhadan) (letzter Zugriff: 19.05.2023).

Prof. Dr. Sabine Anselm, Ludwig-Maximilians-Universität München,  
SabineAnselm@lmu.de